

poration, wird eine Kapazität zur Produktion von bis zu 100 PS/2-Personalcomputern pro Tag für den Absatz in China haben.

Das Joint Venture wird den Namen Tianjin Advanced Information Products Corporation tragen. Details über die Investitionen wurden nicht genannt. Beide Seiten haben einen Vertrag über eine fünfjährige Zusammenarbeit unterzeichnet. Nach dieser Zeit wird über eine Verlängerung verhandelt.

Das Joint Venture wird als Exportagent für Ersatzteile von Computerteilen tätig sein. Die Gesellschaft wird am Anfang 20 Angestellte haben, meistens Ingenieure. Die Produktion wird in kurzer Zeit beginnen. Die Zahl der Angestellten wird auf 50 erhöht werden, falls die Geschäfte gut gehen. Die Interessen von IBM in der Volksrepublik beziehen sich auf die Entwicklung von Software, insbesondere Software in chinesischer Sprache, sowie die Zusammenarbeit mit Forschungszentren, um neue Ideen zu generieren. (FT, 30.8.90) -lou-

*(42)

Außenwirtschaftsbeziehungen der Stadt Beijing

1980 lebten in der chinesischen Hauptstadt 3.000 Diplomaten, Experten, Geschäftsleute, Korrespondenten und Studenten. In der Zwischenzeit, d.h. bis Mitte 1990, hat sich ihre Zahl auf 10.000 erhöht. Auch die Zahl der Geschäftsvertretungen hat zugenommen. In Beijing gibt es z.Zt. rd. 1.200 Repräsentativbüros ausländischer Firmen mit rd. 2.000 Mann Personal aus Dutzenden von Ländern. Die städtische Regierung hat zwischen 1980 und 1990 594 vom Ausland finanzierte Unternehmen zugelassen - mit einer Gesamtinvestitionssumme von 4,08 Mrd.US\$, davon 1,88 in Devisen. Während des vergangenen Jahrzehnts betrug Beijings gesamter Außenhandel 7,88 Mrd.US\$. Hongkong, Japan, die USA und die EG-Länder sind Beijings Hauptexportmärkte. Die Stadt hat inzwischen Handelsbeziehungen mit über 130 Ländern und Regionen und stabile Kooperationsbeziehungen mit rd. 10.000 ausländischen Firmen. Zwischen 1979 und 1989 hat die Stadt 1.600 Sätze an Schlüsselausrüstungen aus 20 Ländern und Regionen in Höhe von 1,68 Mrd.US\$ eingeführt. Beijing

hat Kooperationsvereinbarungen auf dem Gebiet der Technologie mit 20 Ländern geschlossen und "Freundschaftsbeziehungen" mit über 70 Ländern vereinbart. Rd. 3.000 ausländische Studenten aus 110 Ländern und Regionen studieren in Beijing Sprache, chinesische Literatur, chinesische Geschichte und moderne Naturwissenschaften, vor allem an der Beida und an der Qingda. Auch die Zahl der ausländischen Journalisten hat laufend zugenommen. Über 100 Presseorganisationen aus allen Teilen der Welt unterhalten in Beijing ein Büro. Hinzu kommen jährlich noch rd. 1.000 Korrespondenten kurzzeitig aus dem Ausland sowie aus Hongkong, Macau und Taiwan, um über Beijing zu berichten. (XNA, 12.8.90). -we-

Binnenwirtschaft

*(43)

Wirtschaftsergebnisse für das erste Halbjahr 1990

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 stiegen die Investitionen wieder langsam an, doch die Ineffizienz plagt immer noch viele der Industrieunternehmen des Landes. Dies ist der Tenor eines Berichtes des Zentralen Statistischen Amtes.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren für die Halbjahresperiode zeigen einen allgemeinen Anstieg bei den Investitionen in das Anlagevermögen, bei Bankkrediten und Löhnen, jedoch ein nur durchschnittliches Ergebnis bei den Unternehmen im Sinne von wirtschaftlicher Effizienz. Die Investitionen in staatseigene Unternehmen nahmen um 4,2% auf 74 Mrd. Yuan zu, das waren 3 Mrd. Yuan mehr als während der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Ca. 32,5 Mrd. Yuan oder 70% der Investitionen für den Investbau gingen in die Bereiche Energie, Transport, Post- und Telekommunikationswesen. Die drei genannten Industriezweige verbrauchten zusammen mit den Rohmateriallieferanten 52% der Investitionen der Regierung für die technologische Innovation.

In den Bereichen Kultur, Erziehung, öffentliche Gesundheit, Radiowesen, Wohlfahrt sowie wissenschaftliche Forschung gab es ebenso angestiegene Investitionen.

Die Gesamtinvestitionen in Shanghai, Guangdong, Liaoning, Jiangsu, Shandong und Beijing beliefen sich auf 26,2 Mrd. Yuan, machten also 40% der Gesamtinvestitionen im Lande aus.

Die Bankkredite, ein sehr oft zitierter Wirtschaftsindikator, schwollen auf 1,3 Billionen Yuan bis Ende Juni 1990 an; das waren 40 Mrd. Yuan mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Bankkredite nahmen in allen Industriezweigen außer Landwirtschaft zu. Die Kredite an elf Provinzen bzw. Regionen nahmen um 2 Mrd. Yuan oder mehr zu. In Guangdong, Liaoning und Shanghai betrug der durchschnittliche Anstieg 5,23 Mrd. Yuan.

Das Zentrale Statistikamt wies darauf hin, daß die höheren Investitionen und Bankkredite einhergingen mit einem ständigen Anstieg bei den Löhnen und Gehältern. Die gesamte Lohnsumme betrug Ende Juni 1990 127,5 Mrd. Yuan, das waren 9,5% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der gesamte Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern unter Berücksichtigung der Inflation belief sich auf 7,9%. Die gesamten Löhne in den staatseigenen Unternehmen stiegen um 10,5% und in den kollektiveigenen Unternehmen um 4,1%.

In der Zwischenzeit sank auch der Anteil der Boni an den Gehältern; dies wird auf die wirtschaftliche Umstrukturierung zurückgeführt. Die Boni stiegen nur um 2,9% an, in sechs Provinzen und Regionen sanken die Boni sogar.

Analytiker hatten erklärt, daß sie immer noch beunruhigt durch die andauernde Ineffizienz seien. Die Arbeitsproduktivität sank um 0,18% im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai und Juni 1990 sei jedoch ein leichter Anstieg der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen gewesen.

Steigende Produktionskosten waren weit verbreitet, und der Energieverbrauch blieb weiterhin problematisch. Die Unternehmen verbrauchten durchschnittlich 2,1% mehr Energie als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. (CD, 1.8.90) -lou-

*(44)

Budgetdefizit steigt

Im laufenden Jahr wird Chinas Budgetdefizit steigen, und zwar aufgrund der Tatsache, daß die Industrieunternehmen weiterhin unter sinkenden Umsätzen und Gewinnen leiden. Die Regierung muß zusätzliche Subventionen in die Industrie pumpen, um die Produktion zu stützen. Einige chinesische Ökonomen schätzen nun, daß die Ausgaben der Regierung in Höhe einer zweistelligen Zahl steigen, während die Einnahmen nur in Höhe einer einstelligen Zahl zunehmen werden. Falls diese Situation andauere, so warnen sie, daß das Budgetdefizit am Ende dieses Jahres weit über die projizierte Summe hinausgehen würde.

Das Finanzministerium hatte das Defizit für das Jahr 1990 auf 8,89 Mrd. Yuan festgesetzt. Wenn man jedoch westliche Berechnungsmethoden anwendet, in denen sowohl die einheimische wie die ausländische Kreditaufnahme als Teil des Defizits gelten, so würde dieses sich auf 42,3 Mrd. Yuan belaufen. Kader aus dem Finanzministerium haben bereits Alarm geschlagen. Finanzminister Wang Bingqian erklärte kürzlich, daß die Regierung sich einer "ernsten" Budgetsituation gegenübersehe.

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 habe sich das Budgetdefizit auf 1,14 Mrd. Yuan belaufen. Aufgrund der Tatsache, daß die Unternehmen große Schwierigkeiten hätten, Steuern zu zahlen und Gewinne abzuführen, sei das Wachstum der Einnahmen bedroht. Es wurde nach harten Strafen für Steuersünder und jene gerufen, die Gewalt anwenden, nur um keine Steuern zahlen zu müssen.

Das Sparprogramm von Ende 1988 zielte darauf, die Inflation zu senken und die überhitzte Wirtschaft abzukühlen. Während diese beide Ziele erreicht werden konnten, stürzte das Sparprogramm aber die ganze Wirtschaft in eine Rezession, die verbunden ist mit einem niedrigen industriellen Output und einem stagnierenden Markt.

Die Regierung begann zu Anfang dieses Jahres damit, das Sparprogramm wiederum zurückzunehmen. Es wurden mehr als 40 Mrd. Yuan an Krediten gewährt, um die Wirtschaft wieder

zu beleben. Ein Ergebnis war, daß der industrielle Output sich wieder erholte und im Juni 1990 einen Zuwachs von 5,9% (im Vergleich zur Vorjahresperiode) erreichte.

Trotz dieser Erfolge erreichten die meisten der Industrieunternehmen nicht die Gewinnzone. Je mehr sie produzieren, desto größer werden die Vorräte in den Lagerhäusern, und zwar wegen des darniederliegenden Marktes.

Die Gewinne der staatseigenen Unternehmen sanken um 59,4% in der ersten Hälfte des Jahres 1990 (im Vergleich zur Vorjahresperiode). Von den Unternehmen unter der direkten Kontrolle der Zentralregierung berichteten 34% von Verlusten, die sich auf 10 Mrd. Yuan in den ersten sechs Monaten des Jahres 1990 beliefen. Die Kostensteigerungen erreichten 7%, was zu einem scharfen Anstieg bei den Inputs, jedoch einem Rückgang bei den Outputs führte.

Die Statistiken für die ersten vier Monate des Jahres 1990 zeigen, daß die Einnahmen der lokalen Behörden um 2,6% sanken. Ein Wirtschaftswissenschaftler schätzte, daß die Subventionen für verlustbringende Unternehmen um 53,9% gestiegen sind.

Niemand besitze zur Zeit ein Rezept für die Gesundung der Wirtschaft. Man ist sich jedoch darin einig, daß der Markt angeregt werden müsse. Die Menschen scheinen jedoch eher zögerlich hinsichtlich von Ausgaben zu sein. Sie geben ihr Geld eher auf die Bank, und zwar trotz geringerer Zinsraten für Einlagen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 betrug der Einzelhandelsumsatz insgesamt 403,9 Mrd. Yuan, das war ein Rückgang von 1,9% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. (CD, 19.8.90) -lou-

*(45)

8. Fünfjahresplan in der Diskussion

Nach Meinung chinesischer Ökonomen, die den Entwurf des 8. Fünfjahresplanes (1991-1995) gelesen haben, soll dieser Plan insgesamt sehr konservativ angelegt sein. Er enthielte wenig kreative Vorschläge, um der industriellen Stagnation zu begegnen. Insofern reflektiert der Plan die Gedanken der

gegenwärtigen Führung, die auf politische Stabilität aus ist und sich vor wirtschaftlichen Initiativen scheut.

Der 8. Fünfjahresplan, dessen Verabschiedung auf einer Sitzung des Zentralkomitees der KP im Oktober erwartet wird, hat eine lebhafte Debatte zwischen Befürwortern schnellerer marktwirtschaftlicher Reformen und Anhängern der orthodoxen Zentralplanung ausgelöst. Bislang soll das Lager der Zentralplaner, geführt von Premierminister Li Peng, die Oberhand gewonnen haben.

Der Plan sieht vor, daß die direkte staatliche Kontrolle über die Zuteilung von Ressourcen und die Festsetzung der Preise während einer Phase der Umstrukturierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre zunehmen solle. Nach dieser Phase soll die staatliche Kontrolle nachlassen.

Nach dem Planentwurf beabsichtigt die Regierung, mehr Kontrolle über die Preissetzung der Güter zu gewinnen. Nachdem dies erreicht ist, ist beabsichtigt, allmählich die Preise für Rohmaterialien, Energie und einige landwirtschaftliche Produkte auf realistischere Niveaus zu erhöhen. (IHT, 28.8.90)

Angesichts der heftigen Diskussion unter den unterschiedlichen Fraktionen der Wirtschaftspolitiker ist es keineswegs sicher, daß der Plan im Oktober verabschiedet wird. In der Vergangenheit ist es mehrmals vorgekommen, daß Fünfjahrespläne erst längere Zeit nach Beginn der eigentlichen Planperiode endgültig verabschiedet worden sind. -lou-

*(46)

Zehnjahrplan für Ölindustrie

Chinas Offshore-Ölindustrie hat einen Zehnjahresplan bekanntgegeben, der darauf abzielt, auch Nutzen von ausländischer Hilfe zu ziehen. Die Strategie ermutigt mehr internationale Zusammenarbeit in den Unternehmungen im Südchinesischen Meer, in der anfänglichen Exploration des Ostchinesischen Meeres und bei der Entwicklung von petrochemischen Anlagen im Offshore-Bereich.

Die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) verspricht, ein besseres Umfeld für ausländische Investi-

tionen in den nächsten zehn Jahren zu schaffen. Trotz komplizierter geologischer Bedingungen sei das Potential für Chinas Offshore-Ölentwicklung enorm.

Bislang sind nach Angaben der CNOOC 56 Offshore-Ölkontrakte mit 46 Unternehmen aus zwölf Ländern unterschrieben worden. Unter den Unternehmen befinden sich Industriegiganten wie Esso, Mobil und Shell. In den Verträgen ist Auslandskapital in Höhe von 27 Mrd. US\$ beteiligt. Der größte Teil dieser Summe muß noch implementiert werden. Von den 18 Öl- und Gasfeldern, die im Südchinesischen Meer und im Bohai-Meer gefunden worden seien, seien 12 gemeinsame ausländisch-chinesische Projekte.

Vier Joint Venture-Ölfelder seien in den letzten zehn Jahren in Betrieb gegangen. Die Gesamtkapazität betrage 1,4 Mio. t pro Jahr. Während der ersten Hälfte des Jahres 1990 hätten diese Ölfelder 459.200 t Rohöl produziert. Da ein neues Ölfeld bald in Betrieb genommen werden sollte, sei man optimistisch, das für das Jahr 1990 angesetzte Ziel von 1 Mio. t zu erreichen.

Die Volksrepublik produzierte im Jahre 1989 136 Mio. t Rohöl, darunter 900.000 t aus dem Offshore-Bereich. Die Aussichten für eine beträchtliche Steigerung der Produktion seien jedoch in den nächsten Jahren gering, da viele der Schlüsselölfelder auf dem Lande nun zu alt seien, um mehr Öl zu produzieren.

Die CNOOC erwartet für das Jahr 1992 Produktionsmengen in Höhe von 5 Mio. t Rohöl und 500 Mio. m³ Erdgas. Bis zum Jahre 1995 sollen die Produktionsmengen auf 8 Mio. t Rohöl und 5 Mrd. m³ Erdgas ansteigen.

Entsprechend dem lang erwarteten strategischen Plan wird die CNOOC damit beginnen, größere Rohölproduktionsbasen im westlichen Teil des Südchinesischen Meeres zu bauen, wo viele der führenden Unternehmen der Welt bereits mehr als ein Jahrzehnt tätig sind. In diesem Gebiet sollen Reserven in Höhe von mehreren Billionen Kubikmeter Erdgas vorhanden sein.

Die Regierung habe nun die Entwicklung des Ya 13-1 Gasfeldes genehmigt. Dies sei ein Joint Venture-Projekt zwischen der CNOOC und zwei ausländi-

schen Unternehmen. Das Projekt wird Erdgas für die Provinzen Guangdong und Hainan liefern, wo die Energieknappheit akut ist. Weiterhin soll Flüssiggas an ausländische Märkte geliefert werden.

Der Plan der CNOOC enthält auch die Aufschließung des Ostchinesischen Meeres. Dies ist bislang unberührtes Gebiet, dessen Sedimentfelsen beträchtliche Öl- und Gasreserven versprechen.

Der Zehnjahresplan sieht auch die Errichtung von großen Ö Raffinerien und anderen wichtigen petrochemischen Projekten im Offshore-Bereich vor. Aus der Erfahrung habe man gelernt, daß ein Ölunternehmen solche Projekte entwickeln müsse, um die Gewinne zu erhöhen und die Risiken zu vermindern. Gegenwärtig plane die CNOOC zusammen mit vier anderen chinesischen Unternehmen, ein petrochemisches Werk in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Shell in der Provinz Guangdong zu errichten. Dieses Projekt, das Chinas größte Ö Raffinerie und Äthylenfabrik enthalten wird, wird in Huizhou errichtet und schätzungsweise 2 Mrd. US\$ kosten. Die Raffinerie wird eine Jahreskapazität von 5 Mio. t haben; die Äthylenfabrik wird in der Lage sein, 450.000 t chemische Produkte zu produzieren.

Das Projekt, das als Pionierprojekt in diesem Bereich angesehen wird, muß noch von der Staatlichen Planungskommission genehmigt werden. (CD, 26.8.90) -lou-

*(47)

Einführung neuer Gesellschaftsformen

Die Volksrepublik China will in der Verfolgung ihrer Bemühungen zur Modernisierung der Wirtschaft im nächsten Jahr die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Aktiengesellschaft einführen. Dies sieht ein Gesetzesentwurf der direkt dem Staatsrat unterstellten Staatlichen Kommission für die Umgestaltung der Wirtschaft vor, der dem Nationalen Volkskongreß auf seiner nächsten Plenartagung im März 1991 zur formellen Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Mit der Schaffung der bisher in der Volksrepublik weithin unbekanntenen Gesellschaftsformen der GmbH und

der AG nach dem Vorbild der westlichen Länder würden sechs verschiedene Unternehmensarten nebeneinanderstehen. Gegenwärtig sind in der Volksrepublik nur staatseigene, genossenschaftlich betriebene, individuelle Unternehmen sowie Privatunternehmen zugelassen. Daneben existieren natürlich weitere Gesellschaftsformen in der Zusammenarbeit mit Ausländern.

Nach Angaben der Staatlichen Kommission für die Umgestaltung der Wirtschaft wird der Vorrang bei der geplanten Einführung der beiden neuen Rechtsformen der GmbH eingeräumt werden. Der Gesetzesvorlage zufolge soll diese auf eine Lebensdauer von mindestens fünf Jahren ausgelegt sein und von zwei bis höchstens dreißig Anteilseignern betrieben werden. Erlaubt werden soll dieser Gesellschaftsart, sich kapitalmäßig an anderen GmbHs zu beteiligen und an die von ihr beschäftigten Arbeitnehmer Belegschaftsanteile auszugeben.

Der möglichen Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung soll sich zu einem späteren Zeitpunkt diejenige für Aktiengesellschaften anschließen. Die Aufschiebung wurde damit begründet, daß es in China bislang noch an einschlägigen Erfahrungen in der Unterhaltung von Wertpapierbörsen fehle. Demgemäß sollte mit der amtlichen Erlaubnis zur Bildung von Gesellschaften dieser Art noch so lange gewartet werden, bis in der staatlichen Verwaltung und in der Öffentlichkeit ausreichend Erkenntnisse über Sinn und Inhalt des Aktienhandels vorlägen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gesellschaftsformen stehen Pläne der Staatlichen Kommission für die Umgestaltung der Wirtschaft, nach denen in China bestehenden Firmenzusammenschlüsse gestrafft und reaktiviert werden sollen. Der Kommission schwebt hierbei eine umfassende Reorganisation im Verbund mit einer weitreichenden Verringerung der Zahl der insgesamt etwa 1.600 Gruppierungen nach dem Muster der japanischen Großkonzerne vor.

Als Ziel ist anvisiert, funktionstüchtige und vor allem bewegliche Industriegruppen zu schaffen, die sich auch außerhalb des Landes mit ihrem Leistungsangebot und bei internationalen

Ausschreibungen gegenüber der internationalen Konkurrenz zu behaupten vermögen.

Nach Ansicht der Kommission sind die Firmenzusammenschlüsse davon insofern noch weit entfernt, als es sich bei ihnen in der Regel um ein loses Nebeneinander von Unternehmen ohne gegenseitige Kapitalverflechtungen bei einem durchweg niedrigen Grad der betrieblichen Arbeitsteilung handelt.

Unerlässlich zur Steigerung ihrer Effizienz sei in erster Linie die Eingliederung konzerneigener Banken und Treuhandgesellschaften, die im Rahmen zentralgesteuerter Finanzierungs- und Koordinierungsfunktionen innerhalb der Gruppen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsunternehmen Sorge zu tragen hätten. (NfA, 9.8.90) -lou-

*(48)

Neue Regeln für Shanghais Industriezone Pudong

Am 10. September 1990 wurden in Shanghai neue Regeln für die Entwicklung der Industriezone Pudong verkündet. Das 350 km² große Gelände ist Chinas größtes industrielles Zentrum; es soll vorwiegend außenwirtschaftlich orientiert sein.

Zhu Rongji, der Bürgermeister von Shanghai, erklärte, daß die Öffnung dieses Gebietes für ausländische Investoren eine strategische Entscheidung darstelle, die von den zentralen Behörden getroffen worden sei. Pudong werde einen langfristigen Einfluß auf die Entwicklung des ganzen Landes haben.

Unter den neuen Regeln sind die folgenden:

1. Zollregelungen bezüglich der Kontrolle über die Güter, Transportmittel sowie Artikel des persönlichen Bedarfs, die in die Freihandelszone hinein- oder hinausgehen.
2. Regelungen für die Verwaltung der finanziellen Institutionen bezüglich des Auslandskapitals sowie finanzieller Institutionen für chinesisches und ausländisches Kapital.
3. Regelungen für die Ermäßigung und die Befreiung von der Unternehmenseinkommensteuer sowie der konsolidierten Industrie- und Handelssteuer, um ausländische Investitionen in Pudong zu ermutigen.

4. Regelungen der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai zur Ermöglichung ausländischer Investitionen.
5. Prüfung und Genehmigung von Maßnahmen für Unternehmen mit ausländischer Finanzbeteiligung.
6. Vorläufige Maßnahmen von Pudong zur Verwaltung von Planung und Aufbau.
7. Leitlinien für Industrie und Investitionen.
8. Vorschriften für die Landverwaltung.
9. Maßnahmen über die Verwaltung der Freihandelszone Waigaoqiao in Shanghai.

Der stellvertretende Bürgermeister Huang Ju teilte der Pressekonferenz mit, daß drei Entwicklungsgesellschaften für die Geschäftstätigkeit in der Freihandelszone Waigaoqiao, in der Exportverarbeitungszone Jiqiao und in der Finanzhandelszone Lujiazui eröffnet worden seien, um Dienstleistungen anzubieten und die Entwicklungsprojekte zu koordinieren.

Waigaoqiao an der nordöstlichen Spitze des Gebietes von Pudong wird die erste Freihandelszone in der Volksrepublik sein. Ruan Yanhua, der Hauptgeschäftsführer der Freihandelszonen-Entwicklungsgesellschaft, erklärte, daß in der ersten Aufbauperiode ein Gebiet von 3,28 km² in der Zeit zwischen 1991 und 1995 entwickelt würde. Dieses Gebiet würde bis zum Jahre 2000 auf 10 km² erweitert. In der ersten Fünfjahresperiode werden Gesamtinvestitionen in Höhe von 1 Mrd. Yuan benötigt, einschließlich staatlicher Zuweisungen. Man werde sich um Kredite und ausländische Investitionen bemühen.

Die Zollregelungen werden sich auch auf einheimische Unternehmen erstrecken, die das Recht auf Import und Export haben. Ausländische Banken werden später das Recht bekommen, Niederlassungen zu errichten. Was die Einkommensteuer der bestehenden vier ausländischen Banken angehe, so wurde erklärt, daß sie Anträge auf Vorzugsbehandlung stellen müßten.

Die Arbeiten an der Nanpu-Brücke, der ersten Brücke, die das 350 km² große Gelände mit dem Westufer des Huangpu-Flusses verbindet, gehen gut voran. Die Brücke soll Ende des nächsten Jahres in Betrieb genommen werden.

Das Gebiet von Lujiazui, das zu einem internationalen Finanzzentrum in Pudong werden soll, wird international ausgeschrieben, so daß es in das beste Szenario des Bund eingegliedert werden kann. (CD, 11.9.90) -lou-

*(49)

Einkommensdisparitäten

Einkommensdisparitäten seien in den letzten Jahren immer mehr üblich gewesen in der chinesischen Gesellschaft, so berichtete das Pekinger Wochenmagazin *Ausblick*. Gleichzeitig habe jedoch die Praxis, den Menschen das gleiche Einkommen zu zahlen, wiederum an Bedeutung gewonnen.

Was das erste Problem angehe, so müßten nach Wu Zhushi, einem Kader des Forschungsamtes des Staatsrates, zwei Arten von Einkommensdisparitäten unterschieden werden. Eine Disparität entsteht durch die wirtschaftliche Unordnung in den letzten Jahren, die andere entsteht durch die bestehenden Wirtschaftssysteme und Wirtschaftspolitiken.

Im September 1988 hatte die Regierung damit begonnen, das wirtschaftliche Umfeld zu verbessern und die wirtschaftliche Ordnung wieder herzustellen - ein Programm, das mit der Unordnung Schluß machen sollte. Unter anderem wurden 30% der Unternehmen des Landes, von denen die meisten illegal waren und sich mit Profitmacherei befaßten, geschlossen. Steuerhinterzieher wurden bestraft, und das System der Besteuerung wurde verbessert, einschließlich des Einzuges der persönlichen Einkommensteuern. Das Programm verbesserte auch das Vertragssystem und reduzierte die Zahlungen an das Management, die unvernünftig hoch waren im Vergleich zu den Löhnen der Angestellten.

Die Bemühungen, eine ehrenhafte Regierung aufzubauen, haben jene abgeschreckt, die von den Schlupflöchern der Politik profitieren wollten, und sie haben ebenfalls die in den letzten Jahren um sich greifende Profitmacherei verringert. Als Ergebnis dessen sind die durch die wirtschaftliche Unordnung entstandenen Einkommenslücken in einem gewissen Ausmaß gemildert worden.

Jene Einkommenslücken jedoch, die durch die gegenwärtigen Institutionen und das Wirtschaftssystem sowie die

Wirtschaftspolitik hervorgerufen werden, bestehen weiter fort. Angestellte in gewissen Sektoren der Industrie, deren Produkte Monopole auf dem Markt sind oder deren Produkte einen Gewinn erzielen aufgrund von Vorzugsregelungen, verdienen sehr viel mehr als Angestellte in gewöhnlichen Industriezweigen. Angestellte von Unternehmen, die Verbindungen mit dem Ausland haben, verdienen viel mehr als Angestellte in sog. nicht-wirtschaftlichen Organisationen.

Angestellte in den Küstenregionen, und insbesondere jene in den Sonderwirtschaftszonen, verdienen viel mehr als solche in anderen Teilen des Landes. Jene Angestellten im Handel und im Finanzwesen sowie in bestimmten Dienstleistungsindustrien verdienen viel mehr als Fabrikarbeiter.

Falls diese Probleme nicht gelöst würden, so wäre jede Art und Weise der Beseitigung der Einkommensdisparitäten von Lohnempfängern außerhalb der Diskussion.

Gleichzeitig habe sich auch die Tendenz, das Einkommen gleich zu verteilen, in den letzten Jahren verstärkt. So hätten beispielsweise einige schlecht funktionierende Unternehmen die Gehälter und Boni ihrer Angestellten erhöht, um sie den Löhnen gut funktionierender Unternehmen gleichzumachen. Innerhalb von Unternehmen wären die Gehälter mehr oder weniger gleich, und zwar unabhängig von der Position oder der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen. Innerhalb von nicht-wirtschaftlichen Organisationen ist es sogar noch mehr üblich, das gleiche Gehalt zu beziehen.

Das gegenwärtige Lohnsystem für nicht-wirtschaftliche Organisationen sollte ursprünglich das Spektrum der Löhne verbreitern. Die Löhne waren in mehrere Teile aufgeteilt: einen Basislohn, einen Teil für die Dauer der Zugehörigkeit im Betrieb, Rang sowie Boni. Doch da die Zahlung für den Dienst eines Jahres nur 0,5 Yuan pro Monat ausmacht, was hinsichtlich der heutigen Inflation unbedeutend ist, hat das Kriterium der Dauer der Zugehörigkeit zum Unternehmen an Bedeutung verloren. Die auf dem Rang basierende Zahlung ist ebenfalls unbedeutend geworden, da Lohnerhöhungen gewöhnlicherweise ein Ersatz für den Anstieg der Lebenshaltungskosten sind und deshalb auf alle entfallen. Die

Boni sind in vielen nicht-wirtschaftlichen Organisationen für alle Arbeiter mehr oder weniger gleich.

Die Tendenz zur Zahlung gleicher Löhne wurde als Fehlinterpretation dessen dargestellt, was gerecht bzw. was ungerecht ist. Für viele ist die gerechte Verteilung das gleiche Einkommen für alle.

An einigen Orten bedeutete die Nivelierung der Disparitäten beim Einkommen die Verringerung der höheren Einkommen, was zu ernsthaften Konsequenzen geführt hat. In der Provinz Hunan beispielsweise sank die Zahl der individuellen und privaten Unternehmen um 34% - ca. 170.000 im Jahre 1989 -, und zwar aufgrund höherer Steuern. Das gleiche gilt im ganzen Land.

Es wurde betont, daß das sozialistische Prinzip der Verteilung - jeder nach seiner Fähigkeit, jedem nach seiner Arbeit - als ein Kriterium für die Unterscheidung hinsichtlich des gerechten Einkommens zu gelten habe. Mit anderen Worten bedeutet dies: gleiche Zahlung für gleiche Arbeit. Einkommen aus anderen Quellen, nämlich Investitionen und aus Privatunternehmen, solle ebenso als gerecht angesehen werden, solange es legal ist.

Die Politik der Partei ermutige einige der Menschen, durch harte Arbeit und legale Geschäftsaktivitäten wohlhabend zu werden. Das Einkommensteuersystem würde jedoch in der Zwischenzeit dazu verwendet, die Lücke zwischen den Einkommen eines kleinen Teiles der Bevölkerung und der Mehrheit zu verhindern.

Es wurden drei Faktoren genannt, die sich die Behörden zueigen machen sollten, um die Einkommensverteilung gerecht zu gestalten:

1. Sie sollten die notwendigen Gesetze und Regelungen für die Behandlung der Arbeitskräfte und Löhne, der persönlichen Einkommensteuer, der Besteuerung individueller oder privater Unternehmen sowie für illegale Aktivitäten der Angestellten und pensionierten Angestellten ausarbeiten.
2. Sie sollten weiterhin die Lohnreform betreiben, die darauf ziele, den Menschen gleiche Zahlungen zukommen zu lassen. Jeder unverünftige Unterschied beim Einkommen sollte verkleinert werden.

3. Die Verwaltung individueller und privater Unternehmen sollte verbessert werden, so daß diese Unternehmen profitabler sein können. (CD, 13.8.90) -lou-

*(50)

Bahnlinie Beijing-Hongkong geplant

In der Volksrepublik China soll in der zweiten Hälfte des Jahres 1991 mit dem Bau einer 2.364 km langen Eisenbahnverbindung zwischen Beijing und Hongkong begonnen werden. Nach Angaben der Staatlichen Planungskommission soll dieses Großvorhaben im Rahmen des 8.Fünffjahresplanes (1991-1995) eine Schlüsselstellung innerhalb des Verkehrsbereichs einnehmen. Die Bahnlinie soll rechtzeitig vor der Rückgabe der britischen Kronkolonie im Jahre 1997 in Betrieb genommen werden. Als Gesamtkosten für das Projekt wurde eine Summe von 15,6 Mrd. Yuan veranschlagt.

Der Obersten Planungsbehörde zufolge soll die neue Eisenbahnlinie zwischen den beiden bestehenden Nord-Süd-Streckenführungen verlegt werden, die die Landeshauptstadt mit Guangzhou im Süden Chinas und östlich davon mit Shanghai an der Pazifikküste verbinden. Vorgesehen sind zwei Bauphasen, in denen zunächst ein Teilabschnitt von Beijing nach Jiujiang in der Provinz Jiangxi bis 1995 und danach in den zwei darauffolgenden Jahren die Verlängerung der Strecke von Jiujiang zum Hongkonger Stadtteil Kowloon fertiggestellt werden soll. Von dem Bau der neuen Verbindung verspricht sich die Regierung der Volksrepublik zusammen mit einer merklichen Verkürzung der Reise- und Beförderungszeit zwischen Beijing und Hongkong von gegenwärtig 33 Stunden vor allem weitreichende Entwicklungsimpulse im Landesinneren. Die geplante Strecke wird durch insgesamt zehn Provinzen verlaufen, von denen der überwiegende Teil zu den wirtschaftlich rückständigen Gebieten der Volksrepublik zählt.

Nicht zuletzt soll dem Vernehmen nach mit der Durchführung dieses als prioritär in der gesamten Verkehrsplanung eingestuften Vorhabens der Bedeutung der späteren Sonderverwaltungszone Hongkong als dem wichtigsten internationalen Verkehrs- und Dienstleistungszentrum Südkinas Rechnung getragen werden.

Ausländische Bankiers und Analytiker haben dieses Projekt kühl aufgenommen. Dahinter steht die zögerliche Haltung unter den Kreditgebern, solche Regierungsprojekte finanziell zu unterstützen.

Die lokalen Regierungen entlang der neuen Route sollen 20-25% der Baukosten tragen. Es gab jedoch keine Hinweise darauf, wie der Rest des Projektes finanziert werden sollte. Kader des Ministeriums für das Eisenbahnenwesen in Beijing wollten keine Kommentare abgeben. Ein Vertreter dieses Ministeriums in Hongkong verwies alle Fragen nach Beijing.

Die geschätzten Kosten des Projektes sind für die Regierung ohne ausländische Kredite zu hoch, so die Aussage der Analytiker. Die meisten Bankiers erklärten indessen, daß sie nicht bereit seien, an einem Konsortialkredit dieser Größenordnung teilzunehmen.

Dahinter steht die allgemeine Verschuldungssituation der Volksrepublik. Während die gesamten Auslandsschulden gegen Ende des Jahres 1989 offiziell mit 41,3 Mrd.US\$ angegeben wurden, sind einige Analytiker und Bankiers der Überzeugung, daß die Schulden tatsächlich größer sind als offiziell anerkannt bzw. angegeben. Erschwerend kommt hinzu, daß die Regierung immer noch nicht klargestellt hat, ob sie die Garantien auf Kredite an eine Anzahl von Unternehmen mit knappen Finanzmitteln honorieren wird. Dem Vernehmen nach seien einige der staatlichen Unternehmen bzw. Joint Ventures nahe dem Konkurs. (NfA, 21.8.90; IHT, 15.8.90) -lou-

Taiwan

*(51)

Zerreißproben innerhalb der Regierungs- und der größten Oppositionspartei

Nach der überparteilichen Konferenz für Nationale Angelegenheiten Ende Juni/Anfang Juli d.J., die eigentlich der politischen Stabilisierung dienen sollte, haben die internen Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, Nationale Partei, im folgenden GMD) und der größten Oppositions-

partei Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) weiter zugenommen. Wie berichtet (s. C.a. Juli 1990, Ü 34, S.525), richten sich die "Nicht-Hauptströmungs-Gruppierungen" (Fei-zhuliupai) beider Parteien, die auf der Konferenz kaum vertreten waren, aus unterschiedlichen Standpunkten gegen den zwischen den "Hauptströmungs-Gruppierungen" (Zhuliupai) erreichten Konsensus, durch Verfassungsänderung ein Präsidialsystem zu institutionalisieren. Eine Gruppe von jüngeren und liberalen Mitgliedern der GMD mit dem Namen "Allianz der neuen GMD" (Xin-Guomindang lianxian), die die zweite Generation der "Festländer" (Übersiedler aus dem chinesischen Festland) repräsentiert, befürwortet eine Festlegung des "Kabinettsystems" (= Parlamentarismus) in der geltenden Verfassung. Die konservative alte Garde der Partei will überhaupt keine Verfassungsänderung. Die radikale Oppositionsgruppierung der MJD, "Xinchaoliu" (Neue Strömung), die sich für die Gründung Taiwans als einem von China unabhängigen Staat (also Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland) einsetzt, strebt statt einer Renovation der jetzigen nach einer neuen Verfassung.

Zur Stärkung ihrer Position innerhalb der Partei wollen die Anhänger der "Allianz der neuen GMD" und der ebenfalls hauptsächlich aus "Festländern" zweiter Generation bestehenden "Patriotischen Allianz" (Aimong) unter der Leitung des ehemaligen Vizegeneralsekretärs des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der GMD, Guan Zhong (John C. Kuan), eine Stiftung gründen. (LHB, 16.7.90; Zili Zhoubao, Taipei, 27.7.90) Aus Protest gegen die Teilnahme zahlreicher Anhänger der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung an der Konferenz für Nationale Angelegenheiten beabsichtigten konservative überseeische GMD-Mitglieder in den USA, in San Francisco eine neue Partei mit dem Namen "Xing-zhonghui" (Gesellschaft für das Gedeihen Chinas), eine Vorläuferin der GMD, zu gründen. (LHB, 10.8.90; Zili Zhoubao, Taipei, 17.8.90)

Die GMD hat nach eigenen Angaben 2,5 Mio. registrierte Mitglieder, von denen jedoch z.Zt. schätzungsweise 1,5 Mio. keine Verbindung mehr zur Partei haben. Rund 65.000 sind sogar Mitglieder anderer Splitterparteien

geworden. Unter den 3.000 Mitgliedern der "Neuen Sozialen Partei" (Xin Shehuidang) z.B. sind 90% Abtrünnige der GMD. (LHB, 13.8.90)

Die Zahl der MJD-Mitglieder liegt nach offiziellen Angaben konstant bei 21.000, doch aus informierten Kreisen wird berichtet, daß auch hier die Hälfte der Mitglieder den Kontakt zur Partei verloren habe. (Zili Zhoubao, Taipei, 27.7.90) Vor kurzem wurde ein prominentes Mitglied der MJD, Zhu Gaocheng, aus der Partei ausgeschlossen, weil er nach der Konferenz für Nationale Angelegenheiten die Partei scharf kritisiert hatte und für Anfang 1991 die Gründung einer neuen Partei mit dem Namen "Chinesische Sozialdemokratische Partei" (Zhonghua Shehui-Minzu-Dang) ankündigte. (LHB, 4.8.90) Bislang sind bereits 54 politische Parteien beim Innenministerium registriert. (LHB, 13.8.90) -ni-

*(52)

Aktionen gegen den Untergrund

Bei einer landesweiten Razzia am 22. August wurden 57 "Strolche" (Liumang) festgenommen, die der Kriminalitätsdelikte wie Erpressung, Mord, Schmuggel, Raub, Diebstahl usw. verdächtig sind. Dies war die zweite Welle der "Blitz-Sonderaktion" (Xunlei zhuanan) - die erste fand am 9. Juli d.J. statt, bei der 23 Personen verhaftet wurden. Da die großen Fische der Untergrundwelt aber noch auf freiem Fuß sind, wird in Kürze ein dritte Welle erwartet.

Parallel zu dieser Aktion wurden überraschenderweise die führenden Mitglieder der illegalen Investmentgesellschaft Homey von der Sicherheitsbehörde vernommen oder verhaftet. Die illegalen Investitionsgesellschaften, die man auch als Untergrundgeldinstitute bezeichnet, stellen nach wie vor ein Krebsgeschwür für die taiwanesische Wirtschaft dar. Mit unseriös hohen Zinssätzen von 40% saugen sie Milliardenbeträge ab, die sie für Spekulationen auf dem Aktienmarkt einsetzen oder ins Ausland transferieren. Auf dem Höhepunkt gab es 1.000 solcher Firmen, wobei Homey davon die größte mit 23 Tochterunternehmen ist. Bisher hat sie Anlagen in Höhe von 95 Mrd.NT\$ (rd. 3,48 Mrd.US\$) aufgenommen und über 80 Mrd.NT\$ (2,93 Mrd.US\$) an Zinsen ausgezahlt.